

Gedenktag-Kritiker in der Minderheit

Rot-Rot-Grün legte ersten
Bericht zur Aufarbeitung der
DDR-Geschichte vor

In der Debatte um den 17. Juni als Thüringer Gedenktag wird immer klarer, wie isoliert jene Linken sind, die gegen diesen Tag des Erinnerns sind. Trotz der Kritik einzelner LINKE-Abgeordneter halten zentrale Führungsfiguren des rot-rot-grünen Regierungsbündnisses in Thüringen an ihrem Plan fest, am Jahrestag des DDR-Volksaufstandes von 1953 in Zukunft an die Opfer von SED-Unrecht zu erinnern. „Der 17. Juni bedeutet für die LINKE eine wichtige Erfahrung: Sozialismus geht nur demokratisch“, sagt die Partei- und Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Freistaat, Susanne Hennig-Wellsow. „Deshalb ist die Erweiterung der Gedenktage um den 17. Juni folgerichtig.“ Ohnehin trage die große Mehrheit in der Fraktion eine Änderung des Feiertagsgesetzes mit, über die der 17. Juni zu einem Thüringer Gedenktag gemacht werden soll. „Zweifel Einzelner kann ich nachvollziehen, teile sie aber nicht.“ Ähnlich äußert sich auch Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow, während eine Thüringer Staatssekretärin einen Bericht zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur vorlegt.

Sebastian Haak
Neues Deutschland, 2.3.2016
> Seite 12



Kontra Knebelverträge

**Großdemo gegen TTIP
und CETA in Hannover**

Zwei Tage vor Eröffnung der Hannover-Messe fand in der niedersächsischen Hauptstadt eine Großdemonstration gegen das Freihandelsabkommen TTIP statt. Das Datum war nicht zufällig gewählt, denn einen Tag später traf US-Präsident Barack Obama in Hannover ein, um mit Angela Merkel über die vermeintlichen Vorzüge von TTIP zu plaudern. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hatte zu diesem Anlass sogar ein Plakat gestaltet, welches in Anlehnung an Obamas ersten Wahlkampf mit dem Slogan „TTIP is Hope“ warb. Platziert wurde es nicht zufällig direkt an der Demoroute der TTIP-Gegner. Überzeugen konnte es jedoch niemanden. Die Initiative sollte sich stattdessen überlegen,

wie sozial sich eine Marktwirtschaft noch gestalten lassen wird, wenn US-Konzerne vor einer Schattenjustiz gegen deutsche Sozialstandards klagen können? Die ganze Aktion war einfach nur lächerlich.

Obama war aber nicht nur wegen TTIP angereist, sondern auch, weil die USA erstmalig offizieller Partner der Hannover-Messe waren. Als Logo haben die Amerikaner einen roten Winkel in einem offenen blauen Pentagramm gewählt. Laut Manly P. Hall ist das offene Pentagramm, welches sich auch im Straßennetz von Washington D. C. findet, ein satanistisches Symbol, welches als „Fußabdruck des Teufels“ bezeichnet wird. Was wollen uns die Verantwortlichen wohl damit sagen? Vielleicht, dass TTIP ein Vertrag mit dem Teufel ist?

> Seite 3



Sozial gerecht. Für alle. Besser.

Bericht vom Bundesparteitag der LINKEN

Im April wählte die Kreismitgliederversammlung Gotha Vera Fitzke und Bernd Fundheller als Delegierte zum Bundesparteitag. Martina Mürb und Sebastian Bach sind deren Vertreter. Auf dieser Versammlung wurde auch das Votum abgegeben, die Bewerbung Johanna Scheringer-Wrights für den Bundesvorstand, dem sie seit 2014 angehört, wegen ihrer Kompetenzen, erneut zu unterstützen.

Deutlich benennt Johanna Scheringer-Wright in ihrer Magdeburger Vorstellungsrede Ursache und Wirkung für soziale Missstände. „Es wird Krieg geführt gegen Menschen, gegen soziale Sicherheit und gegen die Umwelt. Die Gründe für diese Entwicklung werden tatkräftig verschleiert. Ursache und Wirkung werden gezielt durcheinander geworfen und Sündenböcke geschaffen. Das schafft Ängste, Unbehagen und Wut und öffnet die Tür nicht nur für rechte Demagogen, sondern auch für Faschismus“ und sie ist bereit, Lösungsvorschläge zu bringen. Gute, linke Konzepte, wie Umverteilung, Reichensteuer, Verbot von Waffenexporten, Inklusion, Grenzen auf für Menschen in Not und sozial-ökologischer Umbau können uns stolz machen. „Wir müssen auch in der Praxis

dafür kämpfen und diese umsetzen. Bleiben diese Vorschläge nur Lippenbekenntnisse, um Regierungsposten zu ergattern, dann werden wir unglaubwürdig und



verkaufen unsere Seele. Wenn mit linker Regierungsbeteiligung Menschen in Not, die bei uns Zuflucht suchen, abgeschoben werden, wenn wir Schäubles sogenannte schwarze Null akzeptieren und uns um die Abgehängten nicht kümmern, wenn wir Proteste aus unserem Umfeld nicht unterstützen, weil uns nicht jede Einzelmeinung gefällt, dann verlieren wir nicht nur Wählerinnen und Wähler, sondern auch Mitglieder und Substanz. Ich bin nicht gegen Regierungsbeteiligungen. Aber ich stehe dafür, dass wir nicht einfach umfallen, nur weil mögliche Regierungspartner nicht mitziehen wollen. Ich ermutige uns

alle, Haltung und Standfestigkeit für unsere Standpunkte zu bewahren, um gemeinsam die Ungerechtigkeit in diesem Land zu bekämpfen. Das will ich auch weiter tun, auch im Parteivorstand und dafür bitte ich um eure Stimme“. Mit einem guten Ergebnis wurde Johanna für die nächsten zwei Jahre wieder gewählt.

Mit Spannung wurden die Reden der Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger sowie die der neuen Spitze der Bundestagsfraktion Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch erwartet. Die Diskussion zu drei Leitanträgen, zahlreiche Geschäftsordnungsdebatten und der Tortenanschlag auf Sahra Wagenknecht brachten den Zeitplan erheblich durcheinander. Durch den Einsatz moderner Technik beim Wählen wurde zwar wieder etwas Zeit eingespart, jedoch mussten wichtige Anträge zur Behandlung an den Bundesvorstand überwiesen werden. DISPUT - Die Mitgliederzeitschrift - informiert ausführlich über den Magdeburger Parteitag. Die Reden, die Beschlüsse und Resolutionen können im Parteitagheft des DISPUT bestellt und im Internet gelesen oder gehört werden.

Vera Fitzke

<https://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/magdeburger-parteitag-2016/>

+++ aus dem stadtrat berichtet +++ Familienfeindlich

Streikrecht ausgehebelt – Stadtrat stimmt zu

Es geht um Beschlüsse zur Kita-Nutzungsordnung und zur Kita-Gebührenordnung, die kürzlich den Stadtrat passiert haben. Für mich ist schon bedauerlich, dass nur vier Stadträte („Abgeordnete“ gibt es übrigens erst im Landtag) durch ihre Enthaltung mindestens ihren Zweifel zum Inhalt dieser beiden Beschlüsse bekundet haben. Bedauerlich finde ich auch, dass die Verwaltung (lt. TA vom 29.4.2016) die Betreuung unserer Kinder eher als eine Last darstellt und nicht als eine Fürsorge und Entwicklung für unsere Bürger sehen. Man spricht ganz und gar von einer „abverlangten“ kommunalen Aufgabe, die man in der Kinderbetreuung sieht. Nein, es muss doch ein Bedürfnis sein, dass die

kommunale „Familie“ für ihre Menschen und deren Nachwuchs sorgt. Die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit sind in allen Konzepten und Programmen der verschiedenen etablierten Parteien zu lesen. Also sorgt auch dafür! Die neue Thüringer Regierung wird sogar ein gebührenfreies Kita-Jahr einführen, um die Familien zu entlasten.

Für mich erfüllen diese beiden Beschlüsse eine Verschärfung des Verwaltungshandelns gegen die Eltern unserer Stadt. Sie schaffen keine „Rechtsklarheit“, sondern hier wird Rechtsicherheit für die Verwaltung der Stadt Gotha geschaffen. Mit den Beschlüssen will man festlegen, warum die Einrichtung geschlossen werden kann und wie die dabei entstehenden Kosten ausgeglichen werden sollen. Unverständlich ist für mich immer noch, dass

man sich in dem Beschluss auf den § 12 des Kita-Gesetzes bezieht, in dem lediglich die Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher geregelt ist und der nichts mit der Schließung der Einrichtung zu tun hat. In diesen Beschlüssen sehe ich einen Angriff auf das Streikrecht, indem der Konflikt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einem Konflikt zwischen Eltern und ErzieherInnen wird. Und um das Ganze noch abzurunden, legt man in der Gebührensatzung auch fest, dass die Eltern die Zeit trotzdem bezahlen müssen. Ich werde jede Form des Streikrechtes bei Forderungen im Arbeitsumfeld unterstützen und hoffe, dass betroffene Eltern ihre rechtlichen Möglichkeiten nutzen.

Bernd Fundheller,

Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE. im Stadtrat Gotha

So abwegig ist das gar nicht mal, denn TTIP ist ein Knebelvertrag, aus dem es nach Unterzeichnung keinen Ausweg mehr gibt. Nicht mal Privatisierungen können dann noch rückgängig gemacht werden und das ist nur einer von unzähligen Kritikpunkten. Kein Wunder, dass in Europa schon über drei Millionen Menschen eine Petition gegen TTIP sowie das ähnlich geartete Abkommen CETA mit Kanada unterschrieben haben. In Hannover waren wieder 100 000 Menschen gegen die beiden Abkommen auf der Straße.

Okay, das waren weniger als halb so viele wie noch am 10. Oktober 2015 in Berlin, aber immer noch um einiges mehr, als die Polizei und Propagandamedien am Abend behauptet haben. Laut denen sollen es nämlich nur 35 000 Teilnehmer gewesen sein. Jetzt wird schon nicht mehr nur halbiert, sondern gleich durch drei geteilt. Man merkt, dass die Stimmung in der Bevölkerung längst gekippt ist und die Ablehnung überwiegt.

Die Privatsender haben freilich nur die Polizeiangaben übernommen, das öffentlich-rechtliche Fernsehen hat die Angaben der Veranstalter allerdings auch nur am Rande erwähnt. Beim ZDF wurde die Kritik an TTIP auf Chlorhühnchen, Hormonfleisch und die Paralleljustiz reduziert und überwiegend von den angeblichen Vorteilen des Freihandelsabkommens schwadroniert. Angst wurde allein in der Hinsicht geschürt, dass die USA beim Scheitern der Verhandlungen ein Abkommen mit China schließen könnten, was nachteilig für Europa sein könnte.

Wer sich schon mal mit den Auswirkungen des Freihandelsabkommens NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko beschäftigt hat, der weiß, dass eine Unter-



Johanna Scheringer-Wright (3.v.r.) unter den Demonstranten in Hannover. Foto: S. Bach

zeichnung weitaus nachteiliger wäre. Die Massenmedien scheinen uns für total blöde zu halten, dabei wissen wir längst, dass Nachrichtenmacher wie Claus Kleber Mitglied der Atlantikbrücke sind. Es sollte klar sein, wessen Interessen die Transatlantiker vertreten. Es ist geradezu ironisch, dass eine Woche nach dieser einseitigen Berichterstattung von Greenpeace weitere Protokolle der TTIP-Verhandlungen geleakt wurden, welche abermals ausschließlich negative Details ans Licht gebracht haben.

Die Demonstration hat sich in jedem Fall gelohnt. Über 90 000 TTIP-Gegner sind ein deutliches Signal in Richtung Berlin. Im Block des linken Stundenbundes SDS und der Linksjugend [solid] war dabei die beste Stimmung, die von einem neuen Klassenbewusstsein zeugte. So hieß es u.a.: „Was macht

TTIP-Bonzen Dampf? Klassenkampf! Klassenkampf!“

Dem lächerlichen Plakat der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft wurde ebenfalls Paroli geboten. DIE LINKE betitelte ein amouröses Bild von Obama und Merkel mit „Solidarität, nicht TTIP & CETA, ist die Zärtlichkeit der Völker.“ Noch besser traf es ein Plakat von Greenpeace mit dem Slogan „Yes we can stop TTIP!“ Ob sie schon wussten, dass sie eine Woche später die Protokolle der Verhandlungen leaken würden?

Die Demonstration wurde noch von einigen weiteren kreativen Aktionen begleitet und nach sechs Kilometern ging es zurück zum Kundgebungsort mitten im Bankenviertel von Hannover. Der gesamte Tag entbehrte nicht einer gewissen Ironie.

Sebastian Bach

Für einen gerechten Welthandel

**Demonstration in Hannover:
TTIP & CETA stoppen!**

Am Wochenende 23./24. April haben AUS-Präsident Obama und Bundeskanzlerin Merkel die Hannover Messe 2016 vor handverlesenem Publikum eröffnet. Neben den Fernsehbildern der Eröffnung wurden unter Ausschluss der Öffentlichkeit die TTIP-Verhandlungen vorangebracht.

Die Sprecherin für Agrarpolitik und regionale Entwicklung der Fraktion DIE LINKE, Dr. Johanna Scheringer-Wright, rief dazu auf, am Samstag um 12 Uhr auf dem Opernplatz in Hannover „Merkel und Obama noch einmal zu zeigen, was viele Menschen von diesen sogenannten Freihandelsabkommen halten“. Im vergangenen Oktober demonstrierten 250 000 Men-

schen gegen TTIP und die Ratifizierung von CETA. „Daran sollten wir anknüpfen, denn TTIP und CETA dienen den Interessen der Großkonzerne und untergraben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.“

Im Rahmen des Abkommens wird Unternehmen die Möglichkeit eingeräumt, gegen Gesetze, die ihre Gewinne verringern, Schadensersatzklagen einzureichen. Wenn ein demokratisch gewähltes Parlament beispielsweise Fracking verbietet oder Tierschutzbestimmungen erhöht, kann ein nichtstaatlicher Schiedsgerichtshof angerufen werden. Diese so genannten Investitionsschutzklagen werden dann unter Ausschluss der Öffentlichkeit von einer Hand voll Wirtschaftsanwälten entschieden. Durch das Abkommen drohen Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards gemindert zu werden. Das Vorsorgeprinzip wird ausgehebelt, Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzbestimmungen werden eingeschränkt und lassen sich nicht mehr

weiterentwickeln. „Die Beteuerungen der Bundesregierung, diese undemokratischen Festlegungen aus TTIP herauszuhalten, sind nicht glaubwürdig, das zeigt auch der immer noch intransparente Umgang mit den Verhandlungen“, ist sich Scheringer-Wright sicher.

DIE LINKE ging am 23. April als Teil eines großen Bündnisses in Hannover auf die Straße. „Wir fordern internationale Abkommen, die die Standards erhöhen und nicht absenken, die die öffentliche Daseinsvorsorge stärken und nicht schwächen. Kulturelle Vielfalt, Bildung und öffentliche Dienstleistungen, eine nachhaltige und gentechnikfreie Landwirtschaft, eine saubere Umwelt, Datensicherheit und Verbraucherschutz dürfen dem Profit nicht geopfert werden“, so die Abgeordnete, die an der Demonstration teilnahm.

**Quelle: PM der Fraktion DIE LINKE
im Thüringer Landtag**

Die gute Nachricht

Einstimmiges Votum für die Thüringen-Philharmonie

Als zwölften von 14 Tagesordnungspunkten behandelte der Kreistag in seiner jüngsten Sitzung am 25. Mai die Beschlussvorlage des Landrates „Gemeinsame Vereinbarung zu Finanzierung und Betrieb der Thüringen Philharmonie Gotha/Gotha-Eisenach für die Jahre 2017-2024“. Viele Musiker, die Mitarbeiter und die Intendantin des Orchesters hatten die Sitzung von Beginn an verfolgt, bis sie kurz nach 22 Uhr das erhoffte positive Ergebnis vernehmen konnten. Einstimmig bestätigte der Kreistag Gotha und eine Woche später auch der Stadtrat der Kreisstadt diese Vereinbarung der zukünftigen Thüringen Philharmonie Gotha-Eisenach. Erster Beigeordneter Helmut Marx erläuterte die Vorlage: Seit Herbst 2015 wurden mit dem Land, den anderen Zuwendungsgebern und Trägervereinen intensive Gespräche geführt. Die Prioritäten, die der Kreis setzte, sind im vorliegenden Vertrag eingehalten: Erstens sollte sich der Finanzierungsanteil des Landkreises nicht erhöhen, zweitens müsse das kulturelle Angebot gewährleistet bleiben und drittens sollten die Arbeitsplätze „unserer“ Musiker weitgehend gesichert sein. Der Vorschlag zur Fusion mit der Eisenacher Landeskapelle erwies sich als sinnvollste Variante. Diese Vereinbarung schafft die Voraussetzungen dafür, die erfolgreiche Arbeit des traditionsreichen Orchesters nach dem 1. Juli 2017 fortzusetzen.

In der Diskussion zum Vertrag bedankten sich die Redner bei allen Verhandlungsführern, insbesondere den Vorständen des Trägervereins Gotha Gabi Reichstein, Konrad Gießmann und Knut Kreuch. Bärbel Schreyer (Freie Wähler) erinnerte daran, dass die Vertragsunterzeichnung lange überfällig ist. Fristen des Vereins als Arbeitgeber sind bereits ausgesetzt. Der Verein und die Musiker brauchen endlich klare Entscheidungen. „Wir ringen um ein wunderbares und leistungsfähiges Orchester. Die Angst um ihren Arbeitsplatz spürte man nie“, betonte Vera Fitzke für DIE LINKE. Kreistagsfraktion.

Der tags zuvor im Kreistag des Wartburgkreises mit 24 Ja, inklusive Landratsstimme, und 23 Nein-Stimmen getroffene Beschluss stimmte zwar der Vereinbarung

zu, machte diese Zustimmung jedoch auf Antrag der CDU/FDP-Fraktion in unzulässiger Weise abhängig von einem Kabinettsbeschluss der Thüringer Landesregierung für den Erhalt des Wartburgkreises. „Das ist Erpressung“, betonte Anja Müller (DIE LINKE. Kreistagsfraktion des Wartburgkreises). Auch ihr Fraktionsvorsitzender Hans-Jörg Lessig, warnte: „Sie sagen es nicht so direkt, aber sie bringen das ganze Konstrukt ins Wanken.“

Dieser Kreistag wird sich im Juni nochmals mit diesem Thema befassen müssen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass man, anders als bisher, willens war, über einen längeren Finanzierungszeitraum auch die Anpassung an den Flächentarifvertrag vertraglich zu fixieren. Der Freistaat Thüringen fasst für unser Orchester mehr Geld an, ohne dass die kommunalen Träger den eigenen Finanzierungsanteil erhöhen müssen. Von anfangs 77 Musikern sollen 59 bleiben. Mit dem Stellenabbau verbundene Kosten wird das Land übernehmen. Der Landkreis fördert die Thüringen Philharmonie mit jährlich 1 065 000 Euro, für die Stadt Gotha sind 533 400 Euro vereinbart.

„Wenn es auch viel Geld ist, welches langfristig gebunden wird. Es ist gut angelegtes Geld, das die Kulturlandschaft Thüringens, insbesondere Westthüringens, sichert und unser Kulturangebot in Stadt und Landkreis Gotha wesentlich bereichern wird“, so Vera Fitzke nach der Entscheidung im Gothaer Stadtrat. Mitte Juni muss auch der Stadtrat von Eisenach dieser Vereinbarung noch zu stimmen.

Beschluss zum Erhalt des Landkreises rechtlich bedenklich

Die Mehrheit des Kreistages bestätigte die Vorlage des Landrates zum Erhalt des Landkreises Gotha. Nach namentlicher Abstimmung, von der CDU-FDP-Fraktion gefordert, stand das Ergebnis fest. Was genau, ist für die Linken allerdings unklar. Einen Beschluss zum Erhalt ihres Landkreises hatten bisher fast alle Landkreise des Freistaates gefasst. „Hier wird

eine, Absichtserklärung abgegeben ohne Handlungsauftrag an den Landrat bzw. die Verwaltung und ohne rechtliche Wirkung“ stellte Vera Fitzke in der Stellungnahme für die Linksfraktion fest. Die Diskussion glich einer Landtagsdebatte. Die Zuständigkeit des Kreistages in dieser Frage ist äußerst strittig. Die Kreistagsfraktion DIE LINKE konnte der Beschlussvorlage daher nicht zustimmen. Sie sieht sich eher veranlasst, bei der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde anzufragen, ob der Beschluss rechtens ist.

Zweite Thüringer Gemeinschaftsschule

In seiner Sitzung am 17. Februar 2016 wurde der Antrag der Regelschule Tonna auf Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis 10 abgelehnt. Danach gab es ein Einigungsverfahren. Im Ergebnis dessen änderte die Schulkonferenz der Regelschule Tonna ihren ursprünglichen Antrag. Eine Gemeinschaftsschule wird ab 1.8.2016 mit den Jahrgängen 5 bis 10 entstehen, jedoch ohne ein kooperierendes Gymnasium. Nach Thüringer Schulgesetzes § 6a Abs. 3 hat der Schult Träger zu bestimmen, welches Gymnasium im Einzugsgebiet der Gemeinschaftsschule mit dieser zusammenarbeitet. Das kooperierende Gymnasium kann mit einer Frist von zwei Jahren nachbenannt werden. Längeres gemeinsames Lernen hat einen Namen – Thüringer Gemeinschaftsschule.

Für die Grundschule Hörselgau hatte der Landrat Geld im Haushalt eingeplant, um zu erweitern und zu sanieren. Kurz vor der Beschlussfassung des Kreishaushaltes 2016 war bekannt geworden, dass dieser Betrag nicht ausreichen wird. Dies wiederum nahm Waltershausens Bürgermeister Brychcy zum Anlass, einen Sperrvermerk zu beantragen, der von der Mehrheit bestätigt wurde. Rechtens war das nicht. Bärbel Schreyer (Freie Wähler) erläuterte mehrfach die Form und den Umgang mit Sperrvermerken. Der Antrag der Linksfraktion auf Herausnahme fand ebenso wenig Gehör. Mit der Aufhebung des Sperrvermerkes im Mai kann nun doch noch in diesem Jahr Baubeginn sein.

Am 20. Juli wird zum Nahverkehrsplan und der Nahverkehrsgesellschaft eine Sondersitzung stattfinden. Einen Bericht dazu liefern wir in der nächsten Ausgabe.

DIE LINKE.

im Kreistag Gotha

99867 Gotha, Blumenbachstraße 5

Telefon: 03621/85 61 62 | 85 61 66

Fax: 03621/856 164, V. Fitzke (V.i.S.d.P.)

Das X steht für Vielfalt



Gelebte Integration bei kubiXX: Deutschkurs (oben) und Nähkurs (unten) für geflüchtete Neubürger.
Fotos (2): D. Wiegand

KubiXX – ein Verein, der lebt

KubiXX wurde vor ca. sechs Jahren von der Partei DIE LINKE gegründet und wird heute von der reiferen Generation geleitet. Besonders aktiv wirken dabei heute Ingrid Rudolph und Doris Wiegand. Ziele und Aufgaben des Vereins sind Kultur, Bildung sowie x-erlei Angebote, er ist in Gotha in der Blumenbachstraße 5 zu finden. Es fällt allerdings schwer, dem Anspruch, linke politische Bildung in die breite Masse zu tragen, gerecht zu werden. Mit den Methoden des Parteilehrjahres könnte man heute niemanden mehr hinter dem Ofen hervorlocken, aber man kann auch in einem Nähkurs, Spielenachmittag, Handarbeitsnachmittag oder bei einem Frauenfrühstück die Politik der Linken darstellen. KubiXX engagiert sich für Menschen, die Hilfe suchen und brauchen. Da-

für steht unter anderem jeden Mittwoch die kostenlose Sozialsprechstunde von Frau Machalett, welche etwa 10 bis 12 Personen an jedem Beratungstag in Anspruch nehmen. Dabei handelt es sich vorrangig um Hartz IV-Probleme, Beantragung und Überprüfungen von Sozialleistungen und andere bürokratische Hindernisse des täglichen Lebens.

Aktive linke Politik wird durch die persönliche Betreuung einzelner Flüchtlinge geleistet. Für Menschen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, gibt es eine Vielzahl von Problemen. Sie brauchen Unterstützung bei ärztlicher Versorgung, bei Behördengängen, amtlicher Post oder bei Problemen in der Unterkunft. Etwa 35 Menschen nutzen die Möglichkeit, bei kubiXX die deutsche Sprache und Gepflogenheiten fern der Heimat kennen zu lernen. Der Verein veranstaltet im Laufe

des Jahres vielfältige Aktivitäten und ist bei vielen Veranstaltungen dabei. Auf Basaren und Flohmärkten wird Gebasteltes und Gesammeltes angeboten und die Erlöse kommen Hilfsbedürftigen zugute.

Zu rein politischen Veranstaltungen werden Dozenten eingeladen, die dann bestimmte Themen tiefgründig darstellen. Ein beliebter Partner ist dabei die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gerade in der heutigen Zeit, da viele Menschen der „Alternative für Deutschland“ ihre Stimme geben und anscheinend ein konservativer Nationalismus auch in Deutschland Fuß gefasst hat, muss man Aufklärung betreiben. Mit dem Schüren von Angst vor den Schwächsten in unserer Gesellschaft und der angeblichen Islamisierung Deutschlands betreibt man eine Verschleierung der wirklichen Probleme, die sich derzeit weltweit durch das Wirken des Kapitals entwickeln.

Den Verein kubiXX nutzen derzeit etwa 100 bis 120 Personen wöchentlich, um ihre Probleme anzusprechen und Hilfe zu erhalten. Es gibt auch schon „Stammgäste“, die sich hier eine Meinung gebildet haben, die den Zielen der einstigen Gründer nahekommt. Der Vereinsvorstand würde sich natürlich über weitere Vereinsmitglieder und aktive Mitarbeit freuen.

Klaus Perlt



Gotha bekommt eine neue Jugendgruppe

Nach dem Zusammenbrechen der Young Socialists, was vor allem mit berufsbedingten Wegzügen zu tun hatte, war es um die Zukunft unseres Kreisverbandes düster geworden. Seit 2015 sind nun jedoch genügend neue junge Menschen der Partei beigetreten, um einen Neustart der Jugendgruppe zu wagen. Diese soll natürlich auch wieder engagierten Jugendlichen außerhalb der Partei offenstehen.

Das Potential frischer Ideen hat sich bereits bei einem Treffen einiger junger Genossen gezeigt, bei dem es um grundlegende Reformen im Bildungssystem ging. Das Konzept soll in Kürze der LAG Bildung übergeben werden. Bisheriger Höhepunkt war die Teilnahme einiger Neumitglieder an der Anti-TTIP-Demo am 23. April in Hannover.

Um richtig durchstarten zu können, rufen wir alle jungen Genossinnen und Genossen auf, sich in der neuen Jugendgruppe zu engagieren. Welchen Namen diese tragen soll, wird Thema des Gründungstreffens sein. Als Termin bieten wir den 15. Juni 2016 an. Treffpunkt wäre 16 Uhr in der Geschäftsstelle Gotha, Blumenbachstraße 5.

Sebastian Bach

Unser Bürgermeister für Großfahner

Als *DIE LINKE*. Großfahner ihren Bürgermeisterkandidaten kürte waren über 30 Leute gekommen. Hans Kirchner, 66 Jahre, Großfahner, selbständiger Unternehmer stellt sich bewusst zur Wahl. Er ist sozial engagiert, konstruktiv und bürgernah. Ohne Unterbrechung ist er seit 1980 im Gemeinderat, trug von 1980 bis 1990 und von 1994 bis 1999 bereits die Verantwortung als Bürgermeister von Großfahner. Er spricht von Erreichtem und von seinen Zielen, die er gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde erreichen möchte: Bürgernahe und transparente Kommunalpolitik heißt für ihn Entscheidungen nachvollziehbar für Bürgerinnen und Bürger gestalten. Er möchte eine gute Zusammenarbeit mit den ansässigen Firmen, öffentlichen Einrichtungen und Ämtern pflegen, such für den Erhalt der Grundschule gemäß dem Motto „Kurze Beine – kurze Wege“ einsetzen, bei der Schaffung neuer Bauplätze für junge Familien mitwirken und setzt sich für die Unterstützung der Vereine so wie die Förderung des Sports ein. Der dörfliche Charakter der Gemeinde soll erhalten und Gemeinschaftssinn entwickelt bzw. gefördert werden. Dazu gehört auch Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit zu fördern und die Pflege der Bäche, Gräben und Teiche zum Schutz der Artenvielfalt und der Natur.



Der Wahntag ist vorbei und Hans Kirchner Bürgermeister. Die Bürgerinnen und Bürger faden das bisher Erreichte und sein Programm okay. Herzlichen Glückwunsch und immer ein gutes Händchen bei allen Entscheidungen! FAIR ÄNDERN für die Bürgerinnen und Bürger! Gemeinsam mehr erreichen!

Der Kreisvorstand DIE LINKE und die Redaktion der klarsicht gratulieren allen Bürgermeistern, die das Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger erreichen konnten und wünschen gute Entscheidungen für ihre Gemeinden sowie persönliches Wohlergehen.

+++ Achtung! Achtung! Terminankündigung! +++

DIE LINKE.Gotha lädt ein zum



wann? am 20. August 2016 ab 14.00 Uhr
wohin? ins Schwimmbad nach Wölfis
gleich hinter der Grundschule: Ohrdruffer Str. 16 bzw. Am Schwimmbad, 99885 Wölfis
was? Promis, Musik und Quiz, Sport und Spiel,
Essen und Trinken, Tombola und Basar
Mehr erfahren Sie in unserer nächsten Ausgabe!

Neue Lebensqualität



Der Konsum ist die jüngste Errungenschaft für eine bessere Lebensqualität in Ballstädt. Foto: J. Thier-Uelzen

Bürgergenossenschaft Konsum Ballstädt gegründet

Kleine Dörfer leiden unter zurückgehenden Einwohnerzahlen und der meist damit verbundenen Aufgabe der Infrastruktur, wie z. B. von Geschäften, Apotheken und Gaststätten. Dies ist auch in Thüringen und auch in meinem Wahlkreis 16 (Sömmerda I - Gotha III) so.

Die Leidtragenden sind die verbliebenen Einwohnerinnen und Einwohner, insbesondere die ältere Bevölkerung. Denn während jüngere, agile Menschen sich unabhängig machen und mit dem eigenen Fahrzeug ihre Einkäufe und Besorgungen in den Städten erledigen, bleiben Ältere, Behinderte und viele Ärmere auf den öffentlichen Nahverkehr oder die Einrich-

tungen vor Ort angewiesen. Brechen diese Einrichtungen weg, verschlechtert sich die Lebensqualität dramatisch, Inklusion und Teilhabe sind akut gefährdet.

Was kann man tun? Einerseits gilt es natürlich, hier von Landes- und Landkreisebene gegenzusteuern. Sich für einen effektiven öffentlichen Nahverkehr einzusetzen, für eine Dezentralisierung der Standorte der Schulen und Kindertagesstätten zu kämpfen, bleibt oberste Aufgabe. Aber auch die Bevölkerung kann versuchen, mit eigenen Initiativen gegen die Verödung ihrer Dörfer zu wirken. Ein wirklich positives Beispiel findet sich dazu seit kurzem in Ballstädt.

Wie ich bei einem Besuch in der Bürgergenossenschaft Konsum Ballstädt erfahren konnte, haben sich hier 58 Bür-

gerinnen und Bürger zusammengeschlossen, eine Genossenschaft gegründet und einen Konsum aufgemacht. Die Idee dazu kam dem stellvertretenden Bürgermeister, als deutlich wurde, dass 2014 sowohl die Gaststätte, wie auch die Bäckerei mit angeschlossenen kleinem Laden aus Alters- und Gesundheitsgründen schließen würden. In der Dorfmitte, angrenzend an den Kindergarten, gab es eine leere Verkaufsstelle im Eigentum der Gemeinde.

Nach mehreren Bürgerversammlungen wurde eine Genossenschaft gegründet, in der auch die Gemeinde Mitglied ist, die Räumlichkeiten wurden renoviert und von der Gemeinde an die Genossenschaft verpachtet. Die Bürgergenossenschaft Konsum war geboren. 2,5 Arbeitsplätze wurden geschaffen, die durch ehrenamtliches Engagement verstärkt werden. Der Konsum führt (fast) alle Artikel des täglichen Bedarfs und wird überwiegend aus der Region beliefert. Frische ist dadurch garantiert und regionale Verbundenheit sind ausgeprägt. Zusätzlich wurde im Konsum eine Café-Sitzecke eingerichtet, so dass die Kundinnen und Kunden bei einem kleinen Imbiss auch ein Schwätzchen halten können – eine angenehme aber auch wichtige soziale Beschäftigung.

Bislang wurde der Konsum gut angenommen und hält sich sehr gut. Hoffen wir, dass noch mehr Neugierige auf den kleinen, feinen Konsum aufmerksam werden und dort vor Ort ihre Einkäufe erledigen. Ich freue mich sehr über diese tolle, genossenschaftliche Initiative in Ballstädt!

**Johanna Scheringer-Wright,
Sprecherin für Agrarpolitik
und regionale Entwicklung
der Fraktion DIE LINKE.
im Thüringer Landtag**

Thüringen rockt! 10. Juni 2016
von 14 bis 20 Uhr
Anger, Erfurt

Mit: Bodo Ramelow,
Susanne Hennig-Wellsow u.a.
Musik: The Golden Sixties Band
ab 19 Uhr Mellow Mark und Band

DIE LINKE.
www.die-linke-thueringen.de

**redsoxx festival:
Interkulturelles Straßenfest**

25. Juni 2016
14 bis 19 Uhr
Blumenbachstr. 5, Gotha

Special Guest: Ludwig Wright;
Singer/Songwriter aus Berlin
Dancers For Gold

**Thüringen hilft!
REFUGEES
WELCOME**

Eine Stunde mit Gregor Gysi

**Zwei spannende Talkrunden
im Tabarzer Kulturzentrum**

Nach seinem Rücktritt 2015 als Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag könnte sich Dr. Gregor Gysi eigentlich entspannt zurücklehnen und die Annehmlichkeiten des Ruhestandes genießen. Doch der gelernte Rinderzüchter, studierte Jurist und politische Autor ist nach wie vor ein begehrter Gesprächspartner auf allen Talk-Show-Bühnen. Sein Credo: „Als Rinderzüchter kann ich melken (weiß also, wie Steuern eingetrieben werden) und kann mit Hornochsen umgehen.“ Er war Volkskammerabgeordneter, Parteivorsitzender und Berliner Senator. Ihm wurden Verbindungen zum Ministerium für Staatssicherheit während seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt in der DDR vorgeworfen. Gysi prägte wie kein anderer das Profil der PDS und der LINKEN. 2013 wurde er als „Bester Redner im Bundestagswahlkampf“ ausgezeichnet. Der prominente Gast stand den Besuchern am 6. April im Kukuna (Zentrum für Kur, Kultur und Natur) in Tabarz Rede und Antwort. Beide Termine (15:30 Uhr und 17:30 Uhr) waren ausverkauft. Gysi spendete den Erlös der Eintrittskarten für einen sozialen Zweck.

Wolfgang Möller (Text und Foto)

Gysi-Zitate

1. Die Politik

Ich habe meinen Schritt in die Politik nicht bereut. Sicher wird die Arbeit und werden die Anstrengungen und Anfeindungen mich zwei Jahre meines Lebens gekostet haben, aber was ich alles erlebt habe, wen ich kennengelernt habe und wem ich begegnen durfte – das ist es wert.

Und wenn wir im Bundestag gehört werden und manchmal ganz kleine Erfolge erzielen, vor allem in der Arbeit der Ausschüsse, dann haben wir etwas erreicht.

Die Jugend ist viel proeuropäischer als wir Alten.

2. Die deutsche Einheit

Die Einheit hat Positives und Negatives gebracht – das Positivste: zwischen beiden deutschen Staaten ist kein Krieg mehr möglich.

Die DDR war nicht zu retten, denn u.a. war die Arbeitsproduktivität 40 % niedriger



als die der BRD. Aber hätte man nur zehn gute Dinge aus der DDR übernommen, wäre ein höheres Selbstbewusstsein der Ostdeutschen das Resultat gewesen. Und für die Bundesdeutschen wäre es ein besonderes Vereinigungserlebnis und eine Bereicherung ihres alltäglichen Lebens gewesen.

Ein neuer Staat mit einer neuen, sicher dem Grundgesetz ähnelnden Verfassung war das Ziel, so war es eine Vereinnahmung, so als wäre der arme Neffe zur reichen Tante in die Wohnung eingezogen. Dabei hatten wir es noch besser als die anderen europäischen Staaten, wir hatten eine reiche Tante.

In der Wirtschaft war nach der Wiedervereinigung fast alles Willkür zur Beseitigung der Konkurrenz. Ein Vorschlag zur Erhaltung vieler Betriebe wäre gewesen, die Löhne degressiv zu subventionieren und so den Betrieben die Möglichkeit zu geben, sich am Markt bekannt zu machen und zu etablieren. Sicher hätten nicht alle überlebt, aber viel mehr und sie hätten es aus eigener Kraft schaffen müssen.

In der DDR gab es Zensur. Aber ist es keine, wenn sich die Kanzlerin für einen Fernsehbeitrag bei ausländischen Politikern entschuldigen muss?

Bundesdeutsche, vor allem Politiker, haben keinen Respekt vor Ostbiografien.

Das Durchschnittsvermögen in den alten Bundesländern liegt bei 140 000 Euro, in den neuen bei 61 000 Euro.

Mich ärgert: immer noch nicht gleicher Lohn (in neuen Bundesländern 83 % der

Westlöhne) und nicht gleiche Rente (Rentenwert Ost 2,63 % niedriger).

Frauen sind die eigentlichen Verlierer der Einheit, weil sie wegen der Nichtgleichstellung im bundesdeutschen Recht einen ganzen Schritt zurück tun mussten.

Mich ärgert, dass die flächendeckende Kinderbetreuung nicht übernommen wurde, denn Ferien sind nun mal länger als Urlaub der Eltern. Deutschland ist an keiner Stelle eine kinderfreundliche Gesellschaft.

Bei der Bildung in der DDR gab es z. T. politische Ausgrenzung, aber in der BRD ist starke soziale Ausgrenzung das Normale.

Polikliniken werden jetzt unter anderem Namen neu erfunden.

3. Die Wirtschaft

62 Personen in der Welt besitzen genauso viel wie die restlichen 3,6 Milliarden Menschen.

„Frauenarbeit“ – das sind schlecht bezahlte Arbeitsplätze; deshalb die Forderung gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.

Es gibt kluge und dumme Reiche: Die Klugen wissen, dass sie so nicht mehr weiter wirtschaften können und etwas verändern müssen, die Dummen sind nur gierig.

4. Die Gesellschaft

Ich bin überzeugt, der Kapitalismus ist nicht die letzte Antwort der Geschichte. Er hat drei Dinge nicht im Griff:

1. Er betrachtet Kriege als Möglichkeit zur Lösung von Konflikten und setzt sie so ein (und als eine Möglichkeit, Profit zu machen – Waffengeschäfte).
2. Er kann keine soziale Gerechtigkeit durchsetzen.
3. Und hat allergrößte Schwierigkeiten mit der Ökologie.

Ich glaube nicht an den Sozialismus als Staatsform, aber an den demokratischen Sozialismus. Bisher ist der demokratische Sozialismus dreimal in der Geschichte gescheitert: bei der Pariser Kommune, in Chile mit der Niederschlagung der Allende-Regierung und in Prag 1968.

5. Die Flüchtlinge

Die Interessenlage in den einzelnen Ländern ist sehr unterschiedlich. Langfristig die Fluchtursachen bekämpfen, aber auch kurzfristige Schritte sind möglich. Beste Chance, wenn Putin und Obama ein Ende der verschiedenen Kriege durchsetzen. Wichtig: Benachteiligung auf jedem Gebiet bekämpfen.

**Im Kukuna gesammelt
von Helga Oschütz**

Gestaltung beginnt mit Veränderung

Die Position unserer Partei deutlich machen! Macht euch stark!

Eigentlich sollten hier Auszüge aus meiner Rede und eine Zusammenfassung aus der Diskussion unserer Gesamtmitgliederversammlung stehen. Ich bin allerdings der Meinung, dass alle, die nicht da waren, meine Rede samt Protokoll in unserer Geschäftsstelle einsehen können. Hinweise und Anregungen nehmen wir dann dort auch gern entgegen. Ich möchte nochmal auf die politische Situation und die wichtigen Aufgaben für unseren Kreisverband in nächster Zukunft sowie auch auf die Ergebnisse aus unserer Mitgliederversammlung eingehen.

In den letzten Jahren und Monaten ist unsere Partei in den gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen stark gefordert. Mit der Regierungsbeteiligung seit 2014 stellen die Menschen hohe Erwartungen und Hoffnungen an uns. Projekte, die wir aus unserem Programm in den Koalitionsvertrag geschrieben haben, lassen sich nur schrittweise umsetzen und bedürfen jeder Unterstützung durch die Basis. Der derzeit größte Umgestaltungsprozess für unser Land ist die Gebiets-, Funktional- und Verwaltungsreform. Das federführende, SPD geführte, Ministerium für Inneres und Kommunales hat aus meiner Sicht den Titel nicht gerade hilfreich gewählt für die Auseinandersetzungen vor Ort.

Die angespannte Flüchtlingsproblematik lässt uns auf dem Grat zwischen geltendem Recht und humanitärer Hilfe balancieren. Hinzu kommen die Angriffe auf die Politik unserer Partei, welche sich in Anschlägen auf unsere Abgeordneten, deren Büros und Aktivisten aus unseren Reihen äußert.

In diesen schwierigen Zeiten und politischen Entwicklungen gilt es, neue Methoden und Wege zu finden, den sozialen Frieden und die Gerechtigkeit sowie Demokratie der Gesellschaft zu schützen. Was heißt das für uns als Partei, für unsere Sympathisanten und für unsere Bündnispartner? Zunächst rufe ich alle zur Geschlossenheit und Gemeinsamkeit bei der Suche nach Lösungen auf. Erste Analysen und Auswertungen von Wählerverhalten müssen Grundlage für die neue Aufgabenstellung des Kreisvorstandes werden. In einer ersten Klausur nach den Wahlen des Kreisvorstandes haben wir uns mit

den Aufgabenbereichen und der Verantwortung der Vorstandsmitglieder verständigt. Wichtiges Thema wird auch weiter die Flüchtlingsarbeit sein, wobei sie sich jetzt schon auf die Integration in die Gesellschaft konzentriert. Sprachkurse, Ver-



Anlässlich der Gesamtmitgliederversammlung wurden vier junge Genossen als neue Mitglieder der Partei DIE LINKE begrüßt, u.a. Peter Affinass sowie (im Bild) Robin Merz und Delenn Schmidt (von links). Foto: W. Möller

mittlung beim Jobcenter, Wohnungssuche und Bildungsangebote werden dabei den Schwerpunkt bilden. Hier leistet besonders der kubiXX e.V. große Anstrengungen, diese großen Leistungen zu vollbringen.

Große Beachtung sollte die Entwicklung der AfD und dem damit verbundenen Rechtsruck in der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland finden. Dabei sehe ich nicht die ständige Analyse ihrer Programme oder Ergebnisse sondern eher die Bewandnis der dahinter stehenden Wähler. Betroffen macht mich dabei die Wanderschaft aus der linken Wählerschaft. Wir müssen den Grund für ihre Entscheidung aufnehmen und genau überlegen, welche Antworten wir ihnen geben sollten. Dabei sollten Ideen und Ziel der Linken im Mittelpunkt stehen. Auch damit muss sich der Kreisvorstand in seiner nächsten Sitzungen beschäftigen.

Ein Weiteres Thema ist die Zusammenarbeit und Unterstützung unserer Landesregierung – ein heikles Thema, selbst in den eigenen Reihen. Wir haben in 25 Jahren emsiger Oppositionsarbeit die Themen

geschaffen, die es gilt, in der Regierung umzusetzen und weiter zu bearbeiten. Dass dies nicht einfach wird, wissen wir heute. Ich rufe alle dazu auf, mehr Vertrauen und Unterstützung in die Arbeit dieser Regierung zu stecken. Zunächst sollten wir akzeptieren, dass wir nicht die alleinige Regierungspartei sind, sondern die Arbeit mit noch zwei Koalitionspartnern teilen. Weiter sollte man nicht vergessen, dass wir einen verfilzten, an manchen Stellen undurchsichtigen, völlig anders strukturierten „Apparat“ übernommen haben. Besonders dieses Erbe aufzulösen ist komplizierter als man dachte.

DIE LINKE ist dabei unsere Ideen, unsere Programmatik und unsere Forderungen umzusetzen. Um Rahmenbedingungen in Thüringen neu zu gestalten nutzt die Regierung die gesetzlichen Spielräume aus. Natürlich brauchen wir Geduld und politisches Fingerspitzengefühl, um klare, kluge Entscheidungen zu treffen.

Dabei sollten wir die erreichten Projekte nicht kleinreden und an den noch vor uns liegenden Aufgaben nicht zweifeln. Dazu gehört ein Maß an selbstbewusstem politischem Auftreten, die Entscheidungen und Vorhaben der Regierung zu erklären und zu verteidigen.

Die Gebiets-, Verwaltungs- und Funktionalreform wird von den konservativen Gegnern mit Angstschürerei und unnötigem Handeln abgelehnt. Die neue Regelung im Kommunalen Finanzausgleichsgesetz mit Halbwahrheiten und Lügen diffamiert. Das neu zu strukturierende Schulsystem wird für den Untergang der Schullandschaft verantwortlich gemacht und erzeugt bei Eltern und Kindern nur noch mehr Unsicherheit. Bei den Lösungen in der Theater- und Orchesterlandschaft spielt man die Klangkörper und Darsteller gegeneinander aus und treibt auf Kosten der Künstler einen Keil zwischen sie. Es ist daher wichtig, sich mit Argumentationen und Wissen auszurüsten. Der Kreisvorstand wird für die Schwerpunktthemen Veranstaltungen, Diskussionsrunden und Schulungen anbieten. Macht euch stark für unsere Regierung, denn wir tragen alle Mitverantwortung und die Regierung braucht unsere Unterstützung!

Bernd Fundheller,
Vorsitzender DIE LINKE.
Kreisverband Gotha

Die Selbstausbeuter



Dieter Hausold und Dietmar Bartsch beim Fachgespräch zur sozialen Situation von Solo-Selbständigen.
Foto: W. Möller

Linksfraktion begrüßte Dietmar Bartsch in Erfurt zur Diskussion über Mindesthonorar für Selbständige

Am 23. April veranstaltete die Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag zusammen mit OWUS Thüringen e.V. ein Fachgespräch zur sozialen Situation von (Solo-)Selbständigen und der Möglichkeit, mit der Einführung eines Mindesthonorars ihre Situation zu verbessern.

„Der Mindestlohn hat in Thüringen mit 4,2 Prozent zu deutlich überproportionalen Lohnzuwächsen im Bundesvergleich geführt. Damit hat sich, trotz der von der LINKEN kritisierten Schwachstellen des Mindestlohns, insbesondere für viele Menschen im Niedriglohnbereich, eine spürbare Verbesserung ihrer Gehalts- und Lebenssituation bei weiter steigender Beschäftigung realisieren lassen. Angesichts dieser positiven Entwicklung werden aber

auch die Lücken in anderen Bereichen deutlicher. So weist etwa die Statistik der Agentur für Arbeit knapp 4 000 Selbständige in Thüringen aus, die mit ihrem eigenen Unternehmen nicht mal ihr Existenzminimum erwirtschaften können. Hier sieht DIE LINKE die klare Notwendigkeit, über neue Wege der sozialen Absicherung nachzudenken“, erläuterte Dieter Hausold, wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion.

DIE LINKE im Thüringer Landtag freute sich deshalb, unter anderem Dr. Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Deutschen Bundestag, zu diesem Thema in Erfurt begrüßen zu dürfen. Bereits im vergangenen Jahr hatte Bartsch einen Vorschlag für ein Mindesthonorar für Selbständige als Diskussionsgrundlage präsentiert. Diese Diskussion wurde unter anderem mit dem offenen Wirtschaftsverband OWUS, Kammern und Gewerkschaften unter Begleitung von wissenschaftlichen Expertisen fortgeführt. Weitere Gäste waren Susanne Henning-Wellsov, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Gunter Beck, Vorsitzender OWUS Thüringen e.V., Dr. Rolf Sukowski, Vorsitzender OWUS Berlin-Brandenburg e.V., Jan Schefflein, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Südthüringen und Gundula Lasch, Bundesvorstand dju, Vorsitzende der Bundeskommission Selbständige bei ver.di.

Quelle: PM der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag

Zwölf Euro pro Stunde

Wie hoch muss der Mindestlohn sein?

Die Mindestlohnkommission wird bis zum 30. Juni 2016 über die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns entscheiden, die dann zum 1. Januar 2017 wirksam werden soll. Laut Gesetz soll die Kommission dabei in einer Gesamtabwägung prüfen, welche Höhe des Mindestlohns geeignet ist, um einen Mindestschutz der Beschäftigten ebenso zu gewährleisten wie funktionierende Wettbewerbsbedingungen, ohne Beschäftigung zu gefährden. Zudem soll sich der Mindestlohn nachlaufend an der Entwicklung der Tariflöhne orientieren.

Keine Berücksichtigung findet bei dieser Debatte allerdings die Tatsache, dass der Mindestlohn mit einem deutlich zu niedri-

gen Niveau eingeführt wurde. DIE LINKE hat im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 die Forderung aufgestellt, dass unverzüglich ein gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 10 Euro pro Stunde eingeführt werden muss, der bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode auf 12 Euro ansteigen soll. Die Bundesregierung hat aber einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde eingeführt, was bedeutet, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer noch Löhne unterhalb der Niedriglohnschwelle erhalten dürfen. Diese Schwelle lag laut Statistischem Bundesamt bereits im Jahr 2010 bei 10,36 Euro pro Stunde. Ein Mindestlohn, der diesen Namen verdient, sollte immer gewährleisten, dass Niedriglohnbeschäftigung abgeschafft wird. 8,50 Euro pro Stunde waren und sind dafür viel zu wenig.

Zur Erläuterung: Die Niedriglohnschwelle liegt bei zwei Dritteln des Medianlohnes. Der Median ist jener Lohn, welcher die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in zwei gleich große Gruppen einteilt und dann genau in der Mitte liegt. Die eine Hälfte verdient demnach weniger und die andere Hälfte mehr als den Medianlohn. Diese Berechnung der Niedriglohnschwelle ist international anerkannt und ermöglicht, dass die Bestimmung des Mindestlohns sich aus dem Lohnsystem selbst ableitet. Das statistische Bundesamt ermittelt die Niedriglohnschwelle für Deutschland alle vier Jahre. Zuletzt erfolgte die Berechnung auf Basis von Daten aus dem Jahr 2010. Eine neue Berechnung auf Grundlage von Daten aus dem Jahr 2014 ist für September dieses Jahres angekündigt. (red)

Nur eine Stimme gegen den Gedenktag 17. Juni

Eigentlich müsste es bei diesem Tag um das Gedenken für Widerstand und für die Aufforderung zur Widerständigkeit gehen.

Im Mai 2015 wurde der Entwurf zum ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes in den Landtag eingebracht. Der Artikel 1 § 2a des Thüringer Feiertagsgesetzes sollte künftig lauten: „Der 8. Mai ist Gedenktag anlässlich der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges.“ In der emotionalen Plenardebatte wurden Fragen aufgeworfen, wer denn eigentlich vor der Kriegserklärung den ersten Schuss abgegeben hätte, wer den Krieg finanzierte ect. In diversen Zwischenrufen wurde das reaktionäre und geschichtsrevisionistische Potential einiger Abgeordneter deutlich zur Schau getragen. Der Gesetzentwurf wurde schlussendlich mit 46 Ja-Stimmen zu 39 Nein-Stimmen, bei einer Enthaltung, angenommen.

Am 20. April wurde im Thüringer Landtag das zweite Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes (Gesetz zur Einführung eines Gedenktages für die Opfer des SED-Unrechts) angenommen. Ein Änderungsantrag der CDU (anstelle der Opfer des SED-Unrechts sollte den Opfern der SED-Diktatur gedacht werden) wurde abgelehnt. Dem ursprünglichen Gesetzentwurf der Regierungsparteien stimmten anschließend 84 Abgeordnete zu, einer stimmte dagegen. Zum „17. Juni“ scheint es also einen breiten Konsens im Thüringer Landtag zu geben.

Einzig die Abgeordnete Johanna Scheringer-Wright stimmte gegen dieses Gesetz: Die Entscheidung habe ich mir nicht leicht gemacht. Ich weiß, dass auch in der DDR Unrecht geschehen ist und dieses verurteile ich. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass Unrecht nie unwidersprochen



„Ich bin am 17. Juni 1953 aus Überzeugung und aus Protest in die Partei der Arbeiterklasse eingetreten.“ (Willy Funke auf der Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes 2016). Foto: W. Möller

bleiben darf. Daher muss auch in der DDR geschehenes Unrecht – verursacht durch die SED oder durch wen auch immer – aufgearbeitet werden. Das gilt umso mehr, wenn Tote zu beklagen sind. Jeder Mensch, der gewaltsam zu Tode gebracht wird, ist einer zu viel. Aufarbeitung ist also notwendig. Die Frage ist, wie dies geschieht.

Im beschlossenen zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes wird der 17. Juni 1953 in eine Reihe mit dem 8. Mai 1945 gestellt. Das bedient Geschichtsklitterung. Der 8. Mai 1945 ist der Tag der Befreiung vom Faschismus, der Tag, an dem der grauenhafte Zweite Weltkrieg mit mehr als 50 Millionen Toten sein Ende in Europa fand, der Tag, an dem der Völkermord an sechs Millionen europäischer Juden beendet wurde. Dieser Tag ist eine historische Singularität. Und es ist illegitim, die Befreiung vom Holocaust – der industriellen Massenvernichtung von

Menschen – mit anderen historischen Ereignissen in eine Reihe zu stellen.

Es wird immer üblicher, man sieht das an den Argumenten der AfD und auch an der CDU, von erster (nämlich Faschismus-) und zweiter (nämlich DDR-) Diktatur zu sprechen. Das hebt das faschistische Deutschland und die DDR auf eine Stufe und das wiederum ist massive Geschichtsverfälschung. Vor diesem Hintergrund befürchte ich gerade mit Blick auf den wachsenden Rechtspopulismus eine Verniedlichung der Diktatur der Nationalsozialisten.

Noch einmal zurück zum 17. Juni 1953. Dieser Tag kann nicht bewertet werden, ohne den Kontext des Kalten Krieges. Zum Beispiel wurde – nach der Ablehnung der Stalin-Note 1952 durch die von Adenauer geführte Bundesregierung und die West-Alliierten – die Remilitarisierung der BRD und deren Einbindung in die NATO vorangetrieben. Das vertiefte die Spaltung Deutschlands.

Gegen diese Entwicklung regte sich massiver Widerstand auch im Westen, so zum Beispiel am 11. Mai 1952 in Essen. Trotz Demonstrations-Verbots wollten sich mehr als 30 000 Jugendliche nicht vertreiben lassen. Die Demonstration wurde gewaltsam aufgelöst, der FDJ-Funktionär Philipp Müller wurde erschossen und eine ganze Reihe von Jugendlichen verhaftet. Meine Mutter z.B. kam als Siebzehnjährige (!) sieben Monate in Einzelhaft. Bis heute ist sie nicht rehabilitiert. Solche Zusammenhänge und Wechselwirkungen fließen in die offizielle Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte nicht ein. Auch nicht bei dem Gedenken an den 17. Juni.

**Johanna Scheringer-Wright,
Sprecherin für Agrarpolitik
und regionale Entwicklung
der Fraktion DIE LINKE.
im Thüringer Landtag**

Ich war ein Volksverräter

Mit dem Beschluss der rot-rot-grünen Obrigkeit in Thüringen, den 17. Juni zum Gedenktag zu erheben, bin ich – so wie viele andere ehrlich überzeugte Sozialisten – zum Volksverräter abgestempelt worden. Ich erhe-

be vehement Einspruch gegen die von reaktionären Altnazis angeführten Sabotageaktionen – „Volksaufstand“ genannt. Jammerschade, dass wir Alten nun für unser Engagement des Neuaufbaus nach dem Krieg und dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit diese Geschichtsverfälschung über uns ergehen lassen müssen. An dem bewussten Tag wurden von den „Aufständischen“

in der jungen DDR zahlreiche faschistische Verbrecher, wie z.B. die KZ-Aufseherin Krahn, aus den SED-Gefängnissen „befreit“. Gleichzeitig wurden in der damaligen BRD vom Gesetzgeber schwerbelastete Nazigrößen rehabilitiert und in führende Minister- oder Richterposten übernommen (u. a. Filbinger, Globke, Oberländer).

Kurt Raschke, Gotha

Debatten dringend nötig

Der 17. Juni ist in Thüringen nun ein Gedenktag

Ja, natürlich hat DIE LINKE die herausragende Verantwortung bei der gründlichen Erforschung der DDR-Geschichte. Und sie hat in den letzten 25 Jahren Beachtenswertes dabei geleistet. Aber es ist auch richtig zu sagen: das ist noch nicht genug. Unstrittig unter Linken dürfte sein, dass der Versuch, aus den leidvollen Erfahrungen und den Trümmern des Zweiten Weltkrieges eine Gesellschaft frei von Ausbeutung und Kriegsgelüsten zu errichten, nicht nur legitim, sondern eine zwingende Notwendigkeit war.

Heute haben wir eine Ahnung, dass schon einige Pfeiler des theoretischen Fundaments fehlerbehaftet waren. Die Lehre von der „Partei neuen Typs“, die These von der Zuspitzung der antagonistischen Widersprüche im Inneren der Gesellschaft beim Aufbau des Sozialismus, das Prinzip des „Demokratischen Zentralismus“, und der a priori bestehende Führungsanspruch der avantgardistischen Partei gehören bestimmt dazu.

Sozialismusexperiment

Unter den Fehlern und Fehlentwicklungen hatten unzählige Menschen in der DDR zu leiden. Deshalb muss DIE LINKE nun nach Kräften dafür Sorge tragen, dass alles geschehene Unrecht benannt und – soweit möglich – aufgehoben, entschädigt oder wieder gut gemacht wird.

Die Ereignisse des 17. Juni 1953 gehören in die Liste der besonderen Geschehnisse der frühen DDR-Geschichte. Ob es ein Versuch war, auf revolutionärem Weg vom Sozialismus sowjetischer Lesart zu wahrhaftig demokratischem Sozialismus zu gelangen, ob und in welchem Umfang es um gerechtfertigtes gewerkschaftliches Handeln oder vielleicht doch auch um eine vom „Westen“ angefeuerte Systemkrise und damit um die Existenz der DDR ging, das alles werde ich den Historikern überlassen. Mit Sicherheit wirkten viele Komponenten und das auch noch mit wahrscheinlich gewichtigen regionalen Unterschieden.

Daten nicht vergleichbar

Trotzdem bin ich tief enttäuscht von dem Weg, den die Landtagsfraktion der LINKEN und, so der äußere Eindruck, im Nachgang auch der Thüringer Landesvorstand zur weiteren Beschäftigung mit der

Geschichte von DDR und SED gegangen sind.

Das Thüringer Feiertagsgesetz (gültig seit 1.1.1995) hat seit dem 20.11.2015 einen Paragraphen 2a mit der Überschrift „Gedenktage“. Dort heißt es: „Der 8. Mai ist Gedenktag anlässlich der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa.“ Der 17. Juni als Gedenktag für die Opfer der SED-Diktatur, ist nun formal richtig in den gleichen Paragraphen 2a eingereiht. Es ist wirklich zu weit hergeholt, wenn sich Herz und Verstand sträuben, zwei Daten für Geschichtsepochen, die so wesensunterschiedlich sind, in so enger Nachbarschaft, quasi gleichberechtigt oder gar gleichgesetzt zu finden? Zwei Diktaturen, deren Opfer gedacht werden muss!

Feiertag in der alten BRD

Den 17. Juni erhob der Deutsche Bundestag im Juli 1953 zum staatlichen Feiertag und nannte diesen forthin den „Tag der Deutschen Einheit“. Wer weiß oder sich in Erinnerung ruft, dass das Nichtakzeptieren der Oder-Neiße-Grenze, deren Verlauf ja auf das völkerrechtlich verbindende Potsdamer Abkommen zurückgeht, bis zur KSZE in den 1970er Jahren Staatsdoktrin war und sich ein Großteil der politischen Eliten bis in die neunziger Jahre nicht mit ihr anfreunden konnte, dem wird gewahr, dass es beim Feiertag der „Deutschen Einheit“ nicht um die Vereinigung von BRD und DDR ging. Es ging um die Einheit in den Grenzen von 1937.

Delegitimierung der DDR

Diesen historischen Rucksack hebt sich die Thüringer LINKE nun in das Thüringer Feiertagsgesetz. Steffen Dittes zählte in seiner Rede zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs im Landtag die Zahl der nach dem 17. Juni Verurteilten und Repressierten auf. Bestimmt war den meisten der Vorwurf ungerechtfertigter Weise gemacht wurden. Aber was ist mit jenen, die Parteibüros zertrümmerten, Gefängnistüren für verurteilte Kriegsverbrecher öffneten, Mitarbeitern der DDR-Staatsmacht nach dem Leben trachteten? Alles Opfer der SED-Willkür? Das erinnert an die heute häufig anzutreffenden Gedenktafeln an den ehemaligen MfS-Dienststellen: „Hier waren von ... bis ... xyz Menschen inhaftiert...“ Kein Wort, dass darunter bis in die 1960er Jahre zahllose wegen ihrer Taten in der Nazizeit in Untersuchungshaft saßen.

Nein nichts entschuldigt die Verfolgung Unschuldiger durch die Staatsmacht der DDR, aber jegliches Differenzieren vermessen zu lassen, heißt, die Delegitimierung der DDR um jeden Preis zu betreiben. Wie es offensichtlich die gemeinsame Absicht der Thüringer Regierung ist, wenn man sich den „Bericht der Landesregierung zu Stand und Weiterentwicklung der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Thüringen für den Zeitraum März 2015 bis Februar 2016“ betrachtet.

Kontext der Geschichte

Groben Schätzungen zufolge haben mehrere 100 000 Menschen durch das Verbot von FDJ und KPD in der Bundesrepublik Deutschland gravierende Nachteile erlitten, insbesondere im Berufsleben, durch Wegfall und teilweise Rückzahlungsforderungen von Kriegs- und Haftentschädigungen, bei der Rente oder im gesellschaftlichen Ansehen. Ähnlich hoch dürfte die Zahl der Betroffenen des späteren, so genannten, Radikalenerlasses sein. Gut, mag man einwenden, das ist ein Thema für die Landesregierungen weiter westwärts. Natürlich ist es das. Wer die Geschichte der DDR außerhalb des Kontextes der Geschichte, ohne die Wechselwirkung mit den Entwicklungen in Westdeutschland, Europa, ja der ganzen Welt in den 1940er und 1950er Jahren bewertet, der glaubt am Ende auch, dass die SED Deutschland gespalten hat. Unter linker Federführung wird in Thüringen für anderenorts gern gesehene Ablenkung gesorgt.

Erklärungsnot

Enttäuscht bin ich nicht zuletzt auch über das Verhalten der Landtagsfraktion. Sie erarbeitet den Gesetzentwurf über den Gedenktag, bringt ihn auf den parlamentarischen Weg, hört dann, dass es unter Mitgliedern und Sympathisanten Vorbehalte gibt und lädt zum Gespräch. Eine andere Reihenfolge war nicht möglich? Warum werden Debatten über die Geschichte der SED und der DDR nur in so eingeschränktem Maß mit den Mitgliedern geführt, bevor sie in parlamentarisches Handeln einmünden? Misstrauen, Furcht, keine Mehrheiten zu finden, keine Zeit? Wie beurteilt eigentlich der Landesvorstand, dass die Landtagsfraktion der Partei Debatten verweigert oder, je nach Blickwinkel, sie ihr in Zeitnot aufzwingt? Das würde ich gern erfahren!

Lothar Adler, Erfurt

Verbrechen vor 75 Jahren

Gedanken auf einer Reise nach Belarus

Als im Juni 1941 ungezählte Divisionen der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS die Sowjetunion überfielen, wuchs Anzahl und Grausamkeit der schlimmsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte in schier unfassbarem Umfang. Am 22. März 1943 war 6 km vom Dorf Chatyn im Kreis Lahojsk entfernt ein Wehrmachtsoffizier bei einem Scharmützel mit Partisanen getötet worden. Alle Einwohner von Chatyn – Alte, Frauen und Kinder – wurden aus ihren Häusern in die Scheune des Kolchos gejagt. Die Nazis trieben Kranke aus ihren Betten und hatten weder ein Einsehen mit Frauen noch mit ihren Kindern, ja nicht einmal mit Säuglingen.

In die Scheune mussten die Familien von Joseph und Anna Baranowskij mit ihren neun Kindern, von Alexander und Alexandra Nowitzkij mit ihren sieben Kindern – ebenso viele Kinder hatte auch die Familie von Kasimir und Elena Jotko, deren Jüngster gerade mal ein Jahr alt war. In die Scheune trieben sie auch Vera Jaskewitsch mit ihrem sieben Wochen alten Sohn Tolik. Als alle Dorfbewohner in der Scheune waren, verschlossen die Faschisten die Türen, legten rund um das Gebäude Stroh aus, das sie mit Benzin übergossen und daraufhin anzündeten. Die Scheune aus Holz geriet augenblicklich in Flammen. Im Rauch erstickten die weinenden Kinder. Die Erwachsenen versuchten die Kinder zu retten. Dem Druck der Verzweifelten hielten die Türen aber nicht stand. Mit brennender Kleidung und voller Entsetzen stürmten die Menschen nach draußen, um zu fliehen. Doch jene, die sich aus den Flammen retten konnten, wurden kaltblütig mit Maschinenpistolen und Gewehren erschossen.

Es starben 149 Menschen. Unter ihnen 75 Kinder unter 16 Jahren. Nur zwei der Kinder, die sich in der Scheune befunden hatten, sind am Leben geblieben – der siebenjährige Viktor Shelobkowitsch und der zwölfjährige Anton Baranowskij. Der einzige erwachsene Zeuge der Gräueltat von Chatyn ist der 56-jährige Dorfschmied Joseph Kaminskij gewesen, der halb verbrannt und verwundet erst spät in der Nacht wieder zu Bewusstsein gelangt war, als die Faschisten das Dorf schon ver-



Gedenkveranstaltung am sowjetischen Ehrenmal am 8. Mai in Ohrdruf. Foto: J. Scheringer-Wright

lassen hatten. Unter den Leichen seiner Nachbarn fand er auch seinen verwundeten Sohn. Der Junge war tödlich am Bauch verletzt worden und hatte starke Verbrennungen. Er starb auf dem Arm seines Vaters. Beider Schicksal erzählt die Skulptur „Der nicht zu unterwerfende Mensch“.

1969 wurde an dem Ort, wo sich früher das Dorf befand, eine Gedenkstätte errichtet. Chatyn wurde zu einem Symbol der massenhaften Ermordung der Zivilbevölkerung durch die Nazis und durch diejenigen, die mit ihnen auf dem besetzten Gebiet der UdSSR zusammengearbeitet haben. Die Gräueltat von Chatyn ist eine von Tausenden, die während der drei Jahre der deutschen Besetzung (1941 - 1944) der Sowjetunion geschahen.

Allein in Belarus haben die deutschen Besatzer 209 Städte und größere Siedlungen sowie 9200 kleinere Siedlungen und Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. 2 230 000 Bürger wurden durch die faschistischen Eroberer getötet – jeder Vierte. Die Zahl der Opfer in der gesamten Sowjetunion betrug 27 Millionen!

Die Absicht, nach Ende dieses an grausamsten Verbrechen reichsten Vernichtungskrieges die Gefahr der Wiederholung

endgültig zu bannen und menschliches Zusammenleben zukünftig ohne Rüstungsgewinne und Kriegslust, ohne Rassismus und Antisemitismus, ohne Erniedrigung anderer Völker und mit weitgehender sozialer Gerechtigkeit, war nicht nur legitim, sondern die einzig vernünftige.

Aber wie schnell kann vergessen werden. Nur wenige Jahre nach 1945 kamen viele der Hauptkriegsverbrecher aus der Haft frei, Hunderttausende waren im Westen Deutschlands gar nicht erst verfolgt worden. Die westlichen Alliierten machten ihren Frieden mit den Verbrechern und diffamierten jene, die an Alternativen festhielten. Auch das nicht zu vergessen, gemahnt uns jährlich der 22. Juni.

Lothar Adler, Erfurt

Zur Sache

22. Juni 1941: Kriegserinnerung in Deutschland und Russland

Die deutsche Erinnerung an den Vernichtungskrieg verschob sich vom Opferbild zu einer kritischeren Sicht; die russische ist vom Triumph des Sieges dominiert. Leid und Terror erhalten indes mehr Raum.

Vor allem mit drei Daten verbindet sich unsere Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg: dem 1. September 1939, als das Deutsche Reich mit dem Angriff auf Polen den Krieg auslöste, mit dem 22. Juni 1941, als das Deutsche Reich mit einem Überfall den Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion begann, und dem 8./9. Mai 1945, dem Tag von Kapitulation und Kriegsende. Unbestritten ist die Bedeutung des Mädatums. An das September-Datum wird heute vor allem in Polen, aber auch in Frankreich und Großbritannien erinnert. Für Deutschland und die Sowjetunion bzw. deren Nachfolgestaaten war dagegen der 22. Juni 1941 der tiefe Schnitt, begann erst dann jener Krieg, der die größte Verwüstung in der Geschichte Europas anrichtete. Zwischen dem 1. September 1939 und dem 22. Juni 1941 wurden weniger als zwei Millionen Menschen getötet, auch das gewiss eine Schrecken erregende Zahl. Zwischen Juni 1941 und Mai 1945 verloren in Europa mehr als 50 Millionen Menschen ihr Leben – als Soldaten im Kampf, als Zivilisten in Kriegshandlungen, als Opfer von Völkermord und Massenmord. Stärker als alle anderen waren mit 27 Millionen Toten die Bewohner der Sowjetunion getroffen.

Quelle: <http://www.bpb.de/apuz/59643/22-juni-1941-kriegserinnerung-in-deutschland-und-russland?p=all>

Bessere Argumente statt Krawalle

„Je mehr Bürger mit Zivilcourage ein Land hat, desto weniger Helden wird es einmal brauchen.“ (Franca Magnan)

Unser Ministerpräsident Bodo Ramelow (LINKE) hat Recht, wenn er die geplante Antifa-Demo vorm Haus des Thüringer AfD-Chefs Björn Höcke in Bornhagen verurteilt. Unsere Welt ist nicht nur bedroht von den Menschen, die böse sind, sondern von denen, die das Böse zulassen und die wohnen nicht nur in Bornhagen.

Es gab ein großes Geschrei über die Wahlerfolge der AfD in Sachsen-Anhalt. Bei einer Wahlbeteiligung von 61,8 Prozent hat die AfD in Sachsen-Anhalt aus dem Stand 24,2 Prozent erreicht. Aber was sind denn die Ursachen für die Erfolge der AfD und warum bleibt fast jeder dritte Wähler zu Hause? Warum haben die anderen Parteien die AfD-Wähler nicht erreicht, sowie

die Nichtwähler? Diese Fragen werden doch durch eine Demo im Dorf von Höcke nicht beantwortet. Im Gegenteil, es wird gewalttätig zugehen, denn Provokateure haben eine gute Ausbildung. Und somit wird das Bild eines Teils der Gesellschaft bestärkt, welche keinen Unterschied machen zwischen Neonazis und Antifa – die sind ja alle gewalttätig!

Hier hilft meiner Meinung nach nur, die Ursachen zu erkennen und zu bekämpfen. Hier müssen wir sachliche und kritische Argumente vorlegen, um die Zivilgesellschaft zu erreichen. Wer sind diese AfD-Wähler, die den Losungen folgen, gegen die angebliche Islamisierung des Abendlandes, gegen die Flüchtlinge, für Deutschland den Deutschen und Merkel muss weg? Kennen sie überhaupt das Grundsatzprogramm der AfD? Ungefähr 100 Milliarden Steuern werden jähr-

lich hinterzogen, kein Problem für die AfD. Bundeswehr und Flüchtlinge? Hier lautet die Antwort weitere Aufrüstung. Die Deutsche Militärindustrie verdient Milliarden am Krieg, warum übernimmt nicht sie die Kosten für die Flüchtlinge in Deutschland statt wir Steuerzahler? Armutsbekämpfung? Fehlanzeige!

Vielen betroffenen Bürgern fehlt der Mut, sich persönlich für die eigenen Belange stark zu machen, ohne sich Gedanken über die Ursachen zu machen. Aber zur AfD-Demo gehen und dort unerkannt in der Masse den Frust ablassen oder in der Wahlkabine anonym ihr Kreuz bei der AfD zu machen, dafür reicht ihr Mut. Was müssen wir tun? Unsere Gesellschaft benötigt viele Menschen mit Zivilcourage, die gegen die AfD öffentlich auftreten.

Stanislav Sedlacik, Weimar

Geschichtsfälschung

Gedanken zum „Feiertag“ 17. Juni

Die Stellungnahme der Genossin Johanna Scheringer-Wright zum neuen Feiertagsgesetz und ihre Ablehnung muss ich voll und ganz unterstützen. In der Nachkriegszeit, als sich die beiden deutschen Staaten gründeten, und die USA, die keine materiellen Kriegsschäden erlitten hatten, mit dem Marshallplan die Bundesrepublik unterstützten, gab es in der DDR Proteste gegen die Regierung. Eine der Ursachen war der unterschiedliche Lebensstandard der Bevölkerung. Dazu kamen Fehlentscheidungen der damaligen Regierung (Normerhöhungen, die den Lebensstandard noch weiter verschlechtert hätten), die aber später revidiert wurden. Diese Proteste, durch den westdeutsch-amerikanischen Gehlen-Geheimdienst, der sich über-

wiegend aus ehemaligen Mitarbeitern des faschistischen Geheimdienstes rekrutierte, unterstützt, führten dann zu einem Aufstand in der DDR, welcher mit Hilfe der Sowjetarmee niedergeschlagen wurde.

Das war ein erster Versuch, das Experiment eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden zu zerschlagen. Dass damals gleichzeitig in der BRD ein KPD-Verbot stattfand, das mit Verhaftungen und dem Mord an Phillip Müller einen Höhepunkt fand, ist u. a. zumindest ein Indiz für einen Zusammenhang dieser beiden Ereignisse. Auch wenn die DDR in einigen Facetten ein Unrechtsstaat war, muss man doch anerkennen, dass es ein Versuch war, eine soziale Gerechtigkeit in diesem Staat zu installieren.

Dieses geschichtliche Ereignis, das letztlich im Zusammenhang mit der Herausbil-

dung zweier militärisch gegensätzlicher Weltssysteme zu sehen ist, als einen Gedenk- oder Feiertag zu begehen, muss ich allerdings als eine Form der Geschichtsfälschung im Interesse der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung ansehen, zumal in diesem Gesetz zwei ganz unterschiedliche gesellschaftliche Ereignisse gleichgestellt werden. Die Zerschlagung des Hitlerfaschismus mit der Zerschlagung eines Versuchs, eine sozial gerechtere Gesellschaftsordnung zu organisieren, gleichzusetzen, ist für mich eine Form der schleichenden Geschichtsfälschung. Einer Geschichtsfälschung, die nur den Interessen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung dient, der es obliegt, jede andere Gesellschaftsordnung zu negieren.

Friedel Schmidt, Mühlberg

Der Mond ist eine Zitrone

Bornhagen und die Gefahren der Logik

Natürlich verdiente die Absicht Kritik, am Himmelfahrtstag vor dem Haus des Thüringer AfD-Vorsitzenden Höcke in Bornhagen demonstrieren zu wollen. Seine Kinder sind für die Ideen und Handlungen ihres Vaters nicht verantwortlich. Auch die Familie des Herrn Höcke hat ein Recht auf Privatsphäre. Mit diesen Grundsätzen demokratischer Gepflogenheiten hätte man in die Debatte mit den Anmeldern der Veranstaltung gehen kön-

nen. So lief es aber nicht. Es sollte offensichtlich schon im Diskussionseinstieg die scharfe Wertung rüber gebracht werden. Also folgte der Vergleich mit den Methoden der Nazis. Aus der Mathematik kommt der Begriff der „formalen Logik“: Der Mond ist rund und gelb, die Zitrone ist rund und gelb, also ist der Mond eine Zitrone. Vermutlich weil der Mehrheit der Politiker Kenntnis darüber fehlt, ist formales Vergleichen unter ihnen besonders beliebt. Fünfundzwanzig Jahre lang haben sich tausende Mitglieder der PDS, der Links-

partei, der Linken und viele mit ihnen zumindest in diesem Ansinnen Verbundene gegen die Gleichsetzungslogik zur Wehr gesetzt. Warum wohl? Was hätten denn die Nazis vor und möglicherweise in dem Haus eines aus ihrer Sicht politisch Abtrünnigen getan? Demonstriert? Wer in der Politik das glatte Eis der formalen Logik unterschätzt, muss sich nicht wundern, wenn er verantwortlich gemacht wird für große politische Eselei.

Lothar Adler, Erfurt

Große Beißkraft

Kampfhunde sind wieder ein Thema im Landtag

Im Erfurter Landtag steht seit Anfang des Jahres das 2011 erlassene „Thüringer Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor Tiergefahren“ auf dem Prüfstand. Das ist das Gesetz mit der berühmtesten „Rasseliste“. Diese suggeriert, dass es vier Hunderassen gäbe, die die „Kampfhunderassen“ verkörpern sollen. „Hunde, deren Gefährlichkeit aufgrund genetischer Veranlagung unwiderlegbar vermutet wird“, so der Wortlaut. „Unwiderlegbare Vermutung“. Das ist absurd.

2015 gab es in Thüringen 145 298 registrierte Hunde, darunter 13 320 Deutsche Schäferhunde, und 659 Hunde der gelisteten vier Rassen. Die Beißstatistik zählt 415 Beißunfälle, davon 72 von Schäferhunden, und nur neun Vorfälle der Rasselistenhunde. Der ganze Aufwand der Evaluierung dreht sich faktisch nur um diese neun Vorfälle. Stets wird die „Sicherheit der Bevölkerung vor Tiergefahren“ betont, die restlichen 406 Vorfälle bleiben nebensächlich. Man müsste annehmen, dass der Innenausschuss in seinem neu vorgestellten Gesetzesentwurf, die heutige Lage ausreichend reflektiert hat. Studien und Beißstatistiken Einzug gefunden hätten, doch dies ist nicht der Fall. Die Rasseliste bleibt bestehen, die Auflagen ebenso. Einzig könne man nun mittels Wesenstest die „unwiderlegbare Vermutung der Gefährlichkeit“ nun doch widerlegen.

Die Rasselisten variieren von Bundesland zu Bundesland, sogar von Kommune zu Kommune. Während einige Gemeinden ganz darauf verzichteten, haben andere diese beliebig erweitert. Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben die Rasseliste abgeschafft bzw. gar nicht erst eingeführt.

Die Stadt Gotha hat 14 Rassen zu „Kampfhunden“ erklärt. Die betroffenen Hundehalter müssen in Gotha eine 455 % höhere Hundesteuer zahlen. Dazu kommen Auflagen, wie das Erbringen eines „berechtigten Interesses“, ein Sachkundenachweis, Leinenzwang, ein sauberes Führungszeugnis, eine elektronische Markierung, ein Warnschild an Grundstücken und Türen, eine Haftpflichtversicherung mit höherer Versicherungssumme, sowie müssen diese Hunde zwangskastriert bzw. sterilisiert werden und unterliegen damit



Zwei kampferprobte Typen: Bodo und Attila. Quelle: <http://www.welt.de/politik/deutschland/artikel138699865/Wenn-Attila-ueber-Bodo-aus-der-Staatskanzlei-twittrt.html>

dem Zuchtverbot. Da das Gesetz auch von Kreuzung spricht, eine Kreuzung ist dann gegeben, wenn mindestens 20 % des Erbmaterials vorliegt, gilt im Zweifel die Beweislastumkehr. Der Halter muss einen etwa 90 Euro teuren Gentest machen und der Behörde vorlegen. Alle Kosten trägt der Halter.

Das große Problem daran ist, dass es „Kampfhunderassen“ gar nicht gibt. Kein einziger Politiker konnte bisher belegen, dass diese „Kampfhunderassen“ eben keine populistischen Konstrukte sind. Der Gothaer Landtagsabgeordnete der SPD, Matthias Hey, sprach von „scherenartig ineinandergreifenden Reißzähnen“, Sprungkraft, Beißvermögen, und sah diese gefährlichen Merkmalsausprägungen ausschließlich in diesen vier Rassen vereint. Sehr gerne wird auch die „abstrakte Gefahr“ zur Verteidigung herangezogen. Nach Auffassung der Gothaer Rechtsanwältin Gudula Leidner, die eine Klage vorm Oberlandesgericht Jena bestreitet, geht eine „abstrakte Gefahr“ grundsätzlich von jedem Lebewesen aus.

Dabei gibt es wissenschaftliche Studien, wie die der österreichischen Populationsgenetikerin, Univ.-Prof. Dr. Irene Sommerfeld-Stur, die fundiert belegen, dass

dieses besondere Genmaterial, das diese Hunde einzig zu „Kampfhunden“ erklärt, nicht existiert. Seit vielen Jahren beschäftigt sie sich mit diesem Thema und wird nicht müde, immer wieder zu beweisen, dass der Halter das Problem ist, und nicht der Hund.

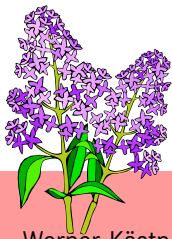
Im Interview Jürgen Rixens, Herausgeber der Zeitschrift „Der Gebrauchshund“, mit Prof. Dr. Hansjochachim Hackbarth, Leiter des Instituts für Tierschutz und Verhalten an der Tierärztlichen Hochschule Hannover, dass die Wesenstester Niedersachsens zertifiziert, und sämtliche Wesenstests auswertete, kam Hackbarth sogar zu dem Schluss, dass Bullterrier die freundlichsten Hunde sind. Diese Bullterrier stehen auf der Liste der „Kampfhunderassen“ und sollen demnach durchweg rassespezifisch gefährlich sein.

Auch die mittlerweile pensionierte „Wolfsfrau“, Dorit Urd Feddersen-Petersen, Veterinärmedizinerin an der Tierärztlichen Hochschule Hannover, Gründerin der AG „Verhaltensbiologie an Wild- und Hauscaniden“, an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, erklärte immer wieder, das verhaltensbiologisch eine „gefährliche Rasse“ nicht zu benennen ist. Sie betonte, dass Kataloge, die „Hunde mit gesteigerter Gefährlichkeit“ auflisten, irreführend sind, und jeglicher Objektivität entbehren. Darüber hinaus fördern sie erst einen Hundemissbrauch, indem sie bestimmte Rassen für eine bestimmte pervertierte Klientel erst attraktiv machen.

Eine Studie der GKF Bonn, der Gesellschaft für kynologische Forschung, von Kupczik und Fischer beweist, dass Beißkraft eben kein rassespezifisches Merkmal ist. In der zweijährigen Forschung wurden 24 Hunde und 16 Wölfe untersucht, und man kam auf die recht einfache Formel: Je größer der Hund, desto größer die Beißkraft.

Es bleibt zu hoffen, dass die Landtagsabgeordneten sich diesmal eingehender mit der Thematik befassen und die Erkenntnisse Einzug in die kommenden Debatten halten. In Berlin dauert die geplante Änderung nun schon über drei Jahre an, in weiten Kreisen der Abgeordneten hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, das eine Rasseliste sinnlos ist. Bisher ist dort der Hundeführerschein für alle als Ersatz im Gespräch.

Marc Schaletzki, Gotha



Wir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag im Mai und Juni 2016

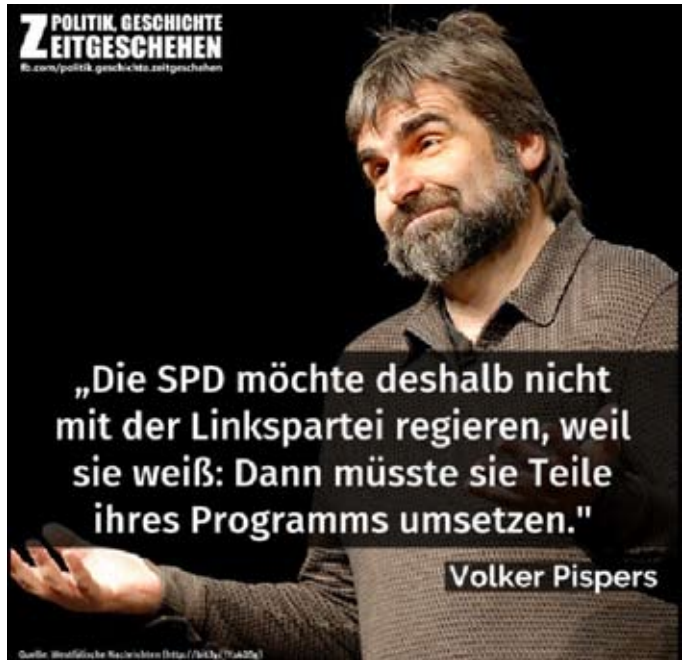
Werner Kästner, Uwe Dietzel, Rosemarie Nürnberg, Ursula Böhmer, Anneliese Meister, Walter Schneider, Lieselotte Mohr, Ilse Fischer, Gisela Funke, Hans-Joachim Wollenschläger, Adalbert Pröbldorf, Manfred Cramer, Achim Schaub.

Heide Linstädter, Hans Kalbe, Robert Scheringer, Hanna Wohlfarth, Christel Heuchling, Jürgen Heubaum, Klaus-Peter Schulz.

Termine Juni 2016

10.06. 14-21 Uhr	Thüringen rockt, Erfurt, Anger
11.06. 10-17 Uhr	Tag der offenen Tür, Erfurt, Thüringer Landtag
14.06. 17.00 Uhr	Kreisvorstandssitzung, Geschäftsstelle
15.06. 16.00 Uhr	Gründung einer Jugendgruppe, Geschäftsstelle
18.06. 10-15.30	Basiskonferenz, Erfurt, Cafeteria Behördenzentrum, Ludwig-Erhard-Ring 6
25.06. 14-19 Uhr	Straßenfest redsoxx, Gotha, Blumenbachstraße 5
25.06. ganztägig	Fest der LINKEN in Berlin

Ist doch klar(sicht) ...





Tag der offenen Tür
THÜRINGER LANDTAG
11. Juni 2016 von 10 bis 17 Uhr

Präsentation der Thüringer Landesregierung, Informationsstände der Fraktionen, Führungen durch das Landtagsgebäude, politische Podiumsdiskussionen, Abgeordnete des Europaausschusses, Medienpartner, Ältestenrat, Bürgerbeauftragte u.v.m

Maßnahmen gegen Demokratie (J. Riedel)
Waffenentspannungsgebiet
ist wie Waffeln vergiftet
exportieren
Regierungsgieren nach Macht
am Parlament vorbei
ist wie Gammelfleisch in Umlauf bringen
ohne Lebensmittelkontrolle



27. Tag der Begegnung und 21. Selbsthilfe-Tag

Ganztägiges
Bühnenprogramm
Über 30 Infostände
Kinderprogramm
Große Tombola
Flohmarkt





FRANX'S
Kleidergeschäft

Neumarkt Gotha 13. Juni 10 bis 17 Uhr

Moderation:
Carsten Zippertling
Moderation: Ingrid
Michael Schmidt

Wir trauern um
Elfriede Cramer
aus Gotha
* 19.3.1927 † 14.5.2016

klarsicht Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Gotha, 99867 Gotha, Blumenbachstr. 5; E-Mail: rgeschaefsstelle@die-linke-gotha.de; Tel.: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64; Mobil: 0160/96639748; www.die-linke-gotha.de; Redaktion: E-Mail: klarsicht@die-linke-gotha.de; Redaktionsleiter: Klaus Perlt, Tel.: (03624) 31 32 97 und 31 75 58; Redaktionsmitglieder: Bernd Fundheller (V.i.S.d.P.), Wolfgang Möller, Martina Mürb, Helga Oschütz, Sebastian Schreiner, Doris Wiegand; Erscheinungsweise: in der Regel monatlich; Redaktionsschluss: 15. des Vormonats; Zuschriften: bitte an eine der genannten Adressen; namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder; Manuskriptänderungen ohne Sinnentstellungen sind möglich; Konto: Raiffeisenbank Gotha eG, Gotha, IBAN: DE49820641680002076616, BIC: GENODEF1GTH